



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Rathausstr. 13 B · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 16.05.2014

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

das Mai-Plenum des Landtages hat ganz im Zeichen von Europa gestanden. In 12 Tagen findet die **Wahl zum Europäischen Parlament** in einer Zeit statt, in der wir eine paradoxe Situation erleben: Europa ermöglicht und garantiert Reisefreiheit, Freizügigkeit auch bei der Suche und Annahme von Beschäftigung. Europa unterstützt über die Förderpolitik regionale Strukturwandel. Europa fördert unzählige wichtige Projekte in unserem Land. Europa hat in der Vergangenheit wichtige Impulse für Umwelt- und Klimaschutz gegeben und den Verbraucherschutz gestärkt. Und: Die Europäische Integration ist **das** Friedensprojekt! Aber gleichzeitig stellen wir fest, dass die Skepsis an der Ausgestaltung der Europäischen Integration weiter zunimmt.

Ich begrüße es daher sehr, dass wir in dieser Plenartagung nicht nur einen von allen Fraktionen getragenen Wahlauf Ruf verabschiedet haben, sondern dass auch unser Ministerpräsident Stephan Weil mit seiner Regierungserklärung „Mehr als nur Binnenmarkt - Europa weiterentwickeln für Niedersachsen“ die Bedeutung der europäischen Politik und der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 unterstrichen hat.

Neben einer weiteren Regierungserklärung unseres Innenministers Boris Pistorius zur **"Neuausrichtung des Verfassungsschutzes – Vertrauen zurückgewinnen"**, stand u. a. die abschließende Beratung „Volksinitiative für bessere Rahmenbedingungen in den niedersächsischen Kindertagesstätten“, "Jobmotor soziale Gesundheitswirtschaft" und Entschließungsantrag zum „Radikalenerlass“ auf der Tagesordnung.

Zum Thema **"Freihandelsabkommen** zwischen der EU und den USA – Interessen Niedersachsens wahren, europäischen Standards sichern", hat Rot/Grün einen Antrag eingebracht, der Ansprüche an die Ausgestaltung der Verhandlungen und eines möglichen Freihandelsabkommens formuliert und er greift berechtigte Bedenken und Kritik von Nichtregierungsorganisationen auf. Am Mittwoch war in der HiAZ zum Thema Freihandelszone zu lesen, dass Bernd Lange MdEP, der Meinung sei, dass eine globalisierte Ökonomie auch globale Regeln benötige, er aber nicht sehe, dass die

Amerikaner sich auf europäische Standards einließen. Es habe bisher weder ernste Verhandlungen mit den USA gegeben, sondern lediglich Sondierungsgespräche. Da in Amerika Kongresswahlen anstehen und danach der Präsidentenwahlkampf beginne, sei ein schneller Fortschritt unwahrscheinlich.

Die Presseberichterstattungen zum Hildesheimer **AMEOS-Klinikum** haben wir auch in der Landtagsfraktion aufgegriffen. In einer 26 Punkte umfassenden Anfrage an die Landesregierung greife ich zusammen mit unseren SozialpolitikerInnen diesen Sachverhalt auf. Insbesondere wollen wir klären, welche Möglichkeiten bestehen, den Einfluss des Landes auf die psychiatrischen Kliniken zu erhöhen. In einem zweiten Schritt sollen über eine Initiative die Rechte und Kompetenzen der Besuchskommission geändert werden. Wichtig sind uns in diesem Zusammenhang insbesondere neben einer guten medizinischen und pflegerischen Versorgung der PatientInnen auch gute und faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Infostand zur Europawahl an der Jakobikirche

Am 17. und 24. Mai 2014 werde ich am Europa-Informationsstand des Stadtverbandes Hildesheim zu finden sein, er beginnt um 11 Uhr und endet um 15 Uhr. Viele von Euch haben sich bereits zum Standdienst angemeldet. Dennoch können wir noch weitere Unterstützung brauchen. Ich würde mich freuen, viele von Euch dort zu sehen! Meldet Euch im Büro, dann können wir eine durchgehend gute Präsenz zeigen. Für Eure Unterstützung danke ich schon jetzt.

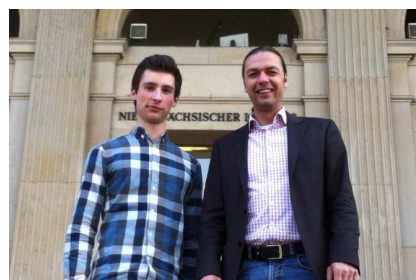
Veranstaltungen der Ortsvereine

Ich freue mich immer über Eure Einladungen zu Mitgliederversammlungen, Jahreshauptversammlungen, Sommerfesten und Vorstandssitzungen. Wenn mein Terminkalender es zulässt, bin ich immer gerne bei Euch vor Ort.

Praktikant

Seit dem 5. Mai begleitet mich Sebastian Opitz zu allen Terminen. Sebastian ist Schüler der Robert-Bosch-Gesamtschule (12. Jg.) und absolviert bis zum 23. Mai ein Praktikum bei mir. Das Thema seiner Facharbeit lautet „Urban Gardening“.

Sebastian Opitz: „Die Arbeit der Abgeordneten ist spannend und abwechslungsreich. Das Praktikum gewährt mir Einblicke, die einem sonst verwehrt bleiben. Besonders beeindruckt hat mich die Plenarwoche des Landtages.“



Besuch im Landtag

Am Donnerstag besuchten mich das Ehepaar Dietrich und Waltraud Hoffmeier aus Holle im Niedersächsischen Landtag. Sie hatten beim Sommerfest des ehemaligen Ortsvereins Moritzberg/Bockfeld einen von mir gestifteten Gutschein für einen Landtagsbesuch gewonnen. Bei einem anschließenden gemeinsamen Essen zeigten Hoffmeiers sich von ihrem ersten Besuch im Landtag sehr beeindruckt. Insbesondere der Bezug in der Debatte zur aktuellen Bundes- und Europapolitik hat bei beiden einen positiven Eindruck hinterlassen.

Herzliche Grüße,



LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

Weitere Themen

- **Entschließungsantrag „Radikalenerlass – ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens – endlich Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von Berufsverboten betroffenen Personen einrichten“ (Drs. 17/1491)**

Am 28. Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt den sogenannten Radikalenerlass. Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten“ aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden. Der „Radikalenerlass“ führte bundesweit zum faktischen Berufsverbot für Tausende von Menschen, die als Lehrerinnen und Lehrer, in der Sozialarbeit, als Briefträgerinnen und Briefträger, als Lokomotivführerinnen und Lokomotivführer oder in der Rechtspflege tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereiteten und bewarben. Auch in Niedersachsen waren über 130 Personen unmittelbar durch den sogenannten Radikalenerlass betroffen, und zwar vor allem durch nicht strafbewehrte Mitgliedschaften oder Aktivitäten für Organisationen, denen vorgeworfen wurde, verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen. Betroffen war vor allem der Schuldienst, wo in den 1970er- und 1980er-Jahren Bewerberinnen und Bewerber nicht eingestellt und Lehrkräfte entlassen wurden. Viele Betroffene, auch aus Hildesheim, mussten sich nach zermürbenden und jahrelangen Prozessen beruflich anderweitig orientieren. Willy Brandt bezeichnete den Radikalenerlass später als einen seiner größten politischen Fehler. In diesem Plenarabschnitt befindet sich dieser Antrag in der ersten Beratung. Mit seiner Annahme in einer der kommenden Plenarabschnitte wird der Landtag eine Kommission zur Aufarbeitung der Schicksale der von niedersächsischen Berufsverboten betroffenen

Personen und der Möglichkeiten ihrer politischen und gesellschaftlichen Rehabilitierung einrichten. Eine wissenschaftliche Begleitung dieser Kommission ist ebenfalls vorgesehen. Ich habe mich bereits um eine Mitarbeit in diesem Gremium beworben.

- **Entschließungsantrag „Netzland Niedersachsen: Breitbandausbau gemeinsam voranbringen“ (Drs. 17/1492)**

Der schnelle und leistungsfähige Internetzugang ist die Grundlage für den Fortschritt der Digitalisierung - zugleich ist die Überwindung der digitalen Spaltung eine der Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit. Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes verpflichtet den Gesamtstaat, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen - dazu gehören nach Artikel 87 ff. des Grundgesetzes auch flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen im Bereich der Telekommunikation. Dem soll die niedersächsische Breitbandstrategie Rechnung tragen. Eine moderne Breitbandausbau-Politik entspricht dem Verständnis von Daseinsvorsorge im digitalen Zeitalter: Sie gewährleistet Zugang zu einer Infrastruktur, durch die gesellschaftlicher und ökonomischer Fortschritt begünstigt und aktiv gefördert wird. Und zugleich ist sie ein Beitrag zur gerechten regionalen Landesentwicklung - so kann wirksam verhindert werden, dass viele Menschen nicht nur in ländlichen Regionen von der Teilhabe am technologischen Fortschritt abgehängt werden. Einen flächendeckenden, schnellen und zukunftssicheren Internetzugang für alle zu ermöglichen, muss höchste Priorität haben - nicht zuletzt, um die digitale Spaltung unserer Gesellschaft zu überwinden und dauerhaft zu verhindern. Dafür ist eine Vielzahl von Maßnahmen nötig, um zusätzliche Impulse für den weiteren Ausbau von Breitbandnetzen zu setzen. Der Entschließungsantrag greift diese Maßnahmen auf.

- **Entschließungsantrag „Jobmotor soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen - Gesundheitsberufe stärken und Fachkräftenachwuchs sichern“ (Drs. 17/1488)**

Niedersachsen verfügte über eine starke Position im Bereich der Gesundheitswirtschaft. Mehr als 450.000 Menschen arbeiten in Niedersachsen in diesem Bereich. Damit ist die soziale Gesundheitswirtschaft eines der größten Beschäftigungsfelder in unserem Bundesland. Hierbei stehen die Pflege, Krankenhäuser, Rettungsdienste sowie Vorsorge- und Reha-Einrichtungen vor der Herausforderung, der zunehmenden Nachfrage von älteren und alten Menschen zu begegnen. Allein durch den demografischen Wandel, d. h. durch die deutliche Verschiebung der Altersstruktur und den Rückgang der Bevölkerung, ist mit einem wachsenden Pflegebedarf, insbesondere jedoch mit einem zusätzlichen Bedarf an professioneller Pflege aufgrund veränderter Haushalts- und Familienstrukturen, zu rechnen. Dies erfordert gut ausgebildete Fachkräfte. Der Entschließungsantrag skizziert Anforderungen, um die soziale Gesundheitswirtschaft weiter zu fördern und auszubauen. Zu den Anforderungen gehört u.a. die Entwicklung eines Masterplans „Soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen“.

Auf der Tagesordnung für diesen Plenarabschnitt steht auch die Beschlussfassung zu dem Anliegen der

- **„Volksinitiative für bessere Rahmenbedingungen in den niedersächsischen Kindertagesstätten“**. Die Anliegen der Volksinitiative wurden verantwortungsvoll und intensiv beraten, denn bessere Kinderbetreuung und -förderung geht uns alle an. Die Beschlussempfehlung gibt die Richtung und einen Fahrplan vor. Für uns steht fest, dass wir eine stärkere Förderung der frühkindlichen Bildung wollen. Hier muss ein Schwerpunkt gesetzt werden. Aber zur Finanzierung benötigen wir dringend die sechs Milliarden Euro, die in der Vereinbarung zur Großen Koalition in Berlin den Ländern ohne Zweckbindung zugesagt worden sind. Das Aufweichen dieser Verabredung lehnen wir ab!